

ihenswerten starken Einfluß auf das Wirtschaftsleben unseres Volkes ab.

Dem Diplomatenstil in gutes Deutsch überführt heißt das folgende: Wir verzichten auf ein Kartell mit blühender Reichsfinanzierung. Wir sind ja ohnedies durch die gemeinsame Regelung unserer Finanzen allseitig an hohem Profit interessiert. Wir haben durch die Spitzengesellschaft die gemeinsame Vertretung unserer Interessen und wir haben einen 50jährigen Vertrag, der Eigenbrüteln ausschließt. Außerdem sind wir so mächtig, daß die Außenwelt uns nichts tun können. Mag man die Kohlenwirtschaft staatlich beaufsichtigen, die Eisenwirtschaft kontrollieren, wir vereinigen Werke „begegnen uns freundschaftlich“ und es müßte mit dem Teufel zugehen, wenn wir nicht rechtzeitig und auch nicht zu teuer unter Eisen und unsere Kohle, unsere Halbfabrikate bekommen sollten.

Ueber die Größe der Kapitalien, die da zusammenkommen, macht die auf diesem Gebiet sehr sachverständige Frankfurter Zeitung folgende Angaben:

Gelsenkirchen-Luxemburg haben je 130 Millionen Kapital die Siemens-Halske-W.G. ist durch die Verdopplung vom Mai auf 120 Millionen gekommen. Die Börse hat sich seit Anfang Juli nahezu gleich weit gehoben, Luxemburg und Gelsenkirchen auf ca. 400 (von 275 bezw. 291) und Siemens auf 375 Prozent (Anfang Juli 293). Die durchschnittliche normale Dividende dieser drei Gesellschaften wird mit wenig Unterschied mit 11 bis 12 Prozent anzunehmen sein. Die Vermutung liegt nahe, daß Siemens in absehbarer Zeit noch 4 Millionen neue Aktien ausgibt und damit ebenfalls auf 130 Millionen Grundkapital kommt. . . . Bei Schuder liegt ein Aktienkapital von 170 Millionen und eine Aktienrendite von 8 Prozent aus der Vergangenheit vor. Der Börsenkurs ist seit Juli von 167 auf 310 gestiegen. . . .

Und nun die Technik. Es ist richtig, daß die deutsche Elektroindustrie technisch sehr weit gefordert hat. Es ist auch anzunehmen, daß man alle technischen Fortschritte ausnützen wird, um die Waren verkäuflich zu machen und dem Ausland gegenüber durch Qualität konkurrenzfähig zu sein. Man wird noch mehr Professorenn anstellen und ein Heer akademischer Hilfsarbeiter, die ja von den Universitäten und technischen Hochschulen massenweise hergeleitet werden, dem Betrieb einverleiben. Aber wir erinnern uns eines Geheimnisses im Betrieb Siemens, daß an Ausgaben für Apparate und technische Dinge nicht gespart werden brauche, dagegen jede Vornehmung unzulässig sei. Wir erinnern uns jener Spottverse, in denen die geistigen Arbeiter mit viel akademischer Würde und wenig Einkommen ihrer ohnmächtigen Wut Luft machten:

Aber nie bei Siemens-Schuder war,
Bei W. E. G. und Worsig,
Der kennt das graue Elend nicht,
Der hat das Glück noch vor sich.

Und hier liegt die erste Seite für die Arbeiterklasse. Die Stilllegung des Betriebes Worsig zeigt, wie sehr den Großkapitalisten der Kampf geschwollen ist. Wir wissen, wie gleichgültig diesen Herren allgemeine volkswirtschaftliche Interessen sind.

Man fragt sich unwillkürlich: Wie stehen die Gewerkschaften einem solchen Riesenkonzern gegenüber? Wie ist mit Einzelkämpfern ein solches Riesenloß zu bekämpfen?

Hier liegt die Gefahr für die Arbeiterklasse. Hier liegt aber auch die Gefahr für alle Verbraucher, vor allem für die Klein- und Mittelindustrie, für die ein solcher Konzern, dem sich sicher noch mehr Gesellschaften anschließen werden, den Ruin bedeuten kann. Die Kleinbetriebe können an die Wand gedrückt werden, daß sie ausweichen, und die Finanzmagnaten des Montan-Elektro-Truffs können an der Börse die gestunkenen Aktien aufkaufen und sie so ohne Entschädigung expropriieren.

Die Interessengemeinschaft Gelsenkirchen-Deutsch-Luxemburg-Siemens-Schuder beschützt taghell die wirkliche wirtschaftliche Lage. Es hat keinen Zweck, auf das Gerede der Bergassessoren und Geheimräte von den Schäden der Sozialisierung zu hören. Die Frage steht jetzt:

Sozialisierung durch den Willen der Arbeiterklasse zum Nutzen der Gesamtheit mit dem Ziel des Wiederaufbaus unserer Volkswirtschaft,

oder: Vertrauung im Interesse der Familien Daniel, Stianes, Siemens und andre, an einer besorgten Bankgruppe hohe Dividende zu garantieren und die qualifizierten Arbeiter Deutschlands auszunutzen mit samt den deutschen nationalen geistigen Proletariern mit ausgefransten Hosen und Hakenträume, mit Adel und akademischem Titel.

Die Interessengemeinschaft beweist und wird es immer mehr zeigen, wie eng die Interessen der geistigen Arbeiter verbunden sind mit dem Schicksal der Arbeiterklasse. Die Verschmelzung solcher Industrien in den verschiedensten Landesteilen muß auch dem „Standesbewußtesten“ und Berufsbornertesten die Wahrheit klarmachen, daß die Gewerkschaften aller Berufe zusammenwirken müssen, und daß nur leistungsfähige modernste organisierte Industrieverbände diesen mit allen Mitteln moderner Technik und arbeitsteiliger Organisation kämpfenden Kapitalpolitzen einigermassen gewachsen sind.

Rhein-Elbe-Donau-Siemens-Schuder ist aber auch ein Zeichen für die Strenge der Gewerkschaftsbewegung, für die Notwendigkeit des planmäßigen Zusammenwirkens von wirtschaftlichen und politischen Arbeiterorganisationen. Dieser Riesenkonzern mit der Stianespresse, mit den großen Geldmitteln zu Propagandazwecken, mit seinen zahllosen persönlichen Verbindungen in den verschiedensten Behörden kann nur überwunden werden durch einen jähen Kampf der gesamten Arbeiterklasse.

Hier (bei den Kapitalisten) herrscht keine Spaltung, Katholiken und Protestanten, Berliner und Westfalen, Nord- und Süddeutsche, sie alle umschlingt das goldene Band eines 50jährigen Vertrags, der einen Extraprofit sichert, der selbst bei sinkender Valuta und Zerstückung des deutschen Wirtschaftslebens eine handelsgemäße Lebenshaltung garantiert. Man scheidet sich dann (siehe Ehrenstein u. Koppel) durch Vorzugsgatteln mit lechzigem Stimmrecht den nötigen Familienbesitz und dann kann man selbst einer Besetzung des Ruhrreviers mit jener Seelenruhe entgegensehen, die Gott nur dem verleiht, dem alle Dinge zum besten dienen müssen.

Das sind so einige Perspektiven, die sich aus der neuen Riesenschmelzung ergeben. Wenn die deutsche Arbeiterklasse noch Willen zur Macht hat wenn sie noch einen Funken ökonomischen Verständnisses besitzt, wenn sie noch nicht utopisch verblödet ist, so kann sie nur eine Lehre aus den Vorgängen im Kapitalistenlager ziehen: Schnellige Mobilisierung zum Kampf um die Sozialisierung des Kohlenbergbaus, Einigung des Proletariats in und durch diesen Kampf, Ueberbrückung der Berufsgraben, Aller Kleinliche Betriebsgeizismus, alle Gruppeneifersucht, jeder

Partikularismus muß verschwinden angesichts der Frage, die jetzt durch die wirtschaftliche Entwicklung gestellt wird: Vertrauung und Herzogtum unter der Krone des konzentrierten Kapitalis, der Sozialisierung, d. h. planmäßige Verwaltung der Industrie durch die Arbeiter im Interesse der Gesamtheit als Stufe auf dem Weg zum Sozialismus.

Die Reichskonferenz der sozialistischen Proletarierjugend.

1. Tag.

Von Sonntagfrüh begann die 7. Reichskonferenz der sozialistischen Proletarierjugend. Am 1. Tag wurde der Geschäftsbericht gegeben und diskutiert. Es folgten sich bei diesem Punkte bereits die vorhandenen Meinungsverschiedenheiten. Ein Flügel der S. P. J. fordert Anstufung an die kommunistische Jugendinternationale und Uebertritt zur kommunistischen Jugend. Der andre Flügel verlangt Aufrechterhaltung der bisherigen Organisation. Beide Flügel dürften sich die Waage halten. Es scheint bereits klar zu sein, daß die Spaltung eintritt. Am ersten Tage playten die Gemüter bereits heftig aufeinander. Am heutigen Tage (Montag) wird über die Frage der kommunistischen Jugendinternationale verhandelt. Dabei wird wahrscheinlich leider der schon besichende Riß zur Spaltung führen.

Um 10 Uhr eröffnet Genosse Schröder die 2. Reichskonferenz der sozialistischen Proletarierjugend. Er bedauert, daß zu wenig Genossen delegiert worden sind. Ein Telegramm des Genossen Engelbert Graf wünschelt der Tagung besten Erfolg. Das Bureau wird partiell als Zusammengefaßt. Als Vorsitzende werden die Genossen Willi Eberfeld (Berlin) und Otto Schröder (Leipzig), als Schriftführer die Genossen Seidel (Berlin), Paul (Königsberg), Dohbert (Hagen) und Winkler (Leipzig) gewählt.

Auf der Tagesordnung stehen: 1. Geschäftsbericht. a) Zentrale, b) Kreisforen. 2. a) Internationale, b) Stellung zu den Parteien. 3. Unsere Aufgaben. a) Presse, b) Aufbau der Organisation. 4. Jugendschutz und Gewerkschaften. 5. Anträge. 6. Neuwahlen. 7. Verschiedenes. Genosse Paul stellt und begründet eine Resolution, in der der Zentrale ein Tadel ausgesprochen wird, weil sie das Exekutivkomitee nicht eingeladen habe. Genosse Dohbert spricht für Ablehnung. Die Resolution Paul wird mit 74 gegen 72 Stimmen abgelehnt.

Genosse Schröder gibt den Geschäftsbericht. Er betont die außerordentlich schwierige Lage der Organisation nach der Gründung. Mittellos stand sie da und viel wurde von der Zentrale verlangt. Wir müssen auch das Menschenmaterial herausschöpfen, das wir zu bearbeiten haben. Wir leisten Vorkarbeit an der Jugend. Die kommunistische Jugend hat immer nur auf unserer Arbeit weiter gebaut. Wir werden auf dieser Konferenz zu entscheiden haben, ob wir Jugendbewegung bleiben oder Jungkommunistische Partei werden wollen. Wir haben Fragen zu berichten, die uns nicht angenehm sind. Trotzdem scheuen wir die Öffentlichkeit nicht. Keine Mitgliederzahlen können wir nicht vorlegen. Das ist bedauerlich. Die Ortsgruppen sind ihren Verpflichtungen der Zentrale gegenüber nicht nachgekommen. In manch anderer Beziehung findet man dagegen viel mehr Regsamkeit. Wenn die Delegation nach den abgelieferten Pflichtberichten geregelt worden wäre, könnten nur ganz wenige Ortsgruppen vertreten sein. Die Mitgliedsbeiträge gingen ganz schlecht ein. Die Zusammenlegung der Zentrale hinderte ihre Aktionsfähigkeit. Beim Vertrieb der Proletarierjugend fehlte es oft an der Energie unserer Genossen. Wer an der Proletarierjugend Kritik übt, muß selbst Vorschläge zur Verbesserung machen. Wer über unpolitische Forderung der Zeitung klagt, der muß durch pünktliche Abrechnung selbst dafür sorgen, daß wir auf die Druckerei einen Druck ausüben können. Die Zeitschrift Proletarierjugend zählt gegenwärtig 10 000 feste Abonnenten. Es gibt Ortsgruppen, die noch nicht einmal Nr. 1 der Zeitung abgeräumt haben. Von 291 der Zentrale angeschlossene Ortsgruppen haben nur 82 berichtet. Diese zählen 10 020 Mitglieder, darunter 1300 weibliche. 149 Ortsgruppen berichteten nicht. Am festesten wurden Organisationen in Orten, wo ältere Genossen zur Verfügung standen. Die Berliner Genossen haben es sehr daran fehlen lassen, die Zentrale von ihren Schritten zu benachrichtigen. Darauf wird die Diskussion eröffnet.

Genosse Paul: Das hauptsächlichste Merkmal von Schröders Bericht war die Unstabilität unserer Organisation. In Halle stand die Masse hinter dem Programm. Heute ist das anders. Es müssen irgendwelche Einflüsse von innen oder außen eingewirkt haben. Der Geist der Spaltung herrscht heute. Die Zentrale hatte von den Bestrebungen der Opposition Kenntnis. Warum hat sie nicht früher dazu Stellung genommen? Er (Paul) habe sich sehr gewundert, daß Schröder nicht an die von ihm (Paul) übergebene richtige Adresse geschrieben habe. Es sei sonderbar, daß der Reichsausschuß die Einstellung der Verhandlungen mit dem Exekutivkomitee beschloßen habe. Küber Berlin sei besonders noch Ost- und Westpreußen gegen die Schreibweise der Zeitung gewesen. Redner kritisiert die Geschäftsführung der Zentrale ausführlich. Besonders beschwert er sich über einen Bericht von Ditzpreußen in der Proletarierjugend. Aus diesen Kleinigkeiten baue sich die aktionsunfähige sozialistische Proletarierjugend auf. An Stelle der Sekretärin hätte besser ein Sekretär angestellt werden können, der in der Provinz herumreist. Der Parteistreit kann nicht von der Jugend hergehalten werden.

Genosse Stala nimmt Bezug auf Berliner Verhältnisse. Es hält sehr schwer, von den kleinen Ortsgruppen Pflichtbeiträge zu erhalten. Er wolle nicht kleine Formfehler der Zentrale zu großen Aktionen ausbauen. Das Material, das von der Zentrale ausgegeben wurde, war spärlich, aber die Druckkosten waren hohe. Bei uns sind die Jüngsten organisiert, deren Aufklärung ist die schwerste und unanbarrliche Aufgabe. Aber wir wollen die Jugend nicht mit Phrasen erziehen. Die Reichszentrale ist in der Frage des Anschlusses an die Jugendinternationale nicht so schuldig, als es von gewisser Seite hingestellt wurde. Genosse Paul beschwerte sich über falschen Bericht seines Referats in Halle in der Proletarierjugend Nr. 1. Er (Stala) muß aber feststellen, daß der Bericht einwandfrei sei. Ein Enttäuschungssturz sei damals gegen seine Ausführungen ausgebrochen.

Genosse Bartolai: Berlin verteidigte in längeren Ausführungen die Haltung und die Arbeit der Zentrale. Das Bestimmungsgesetz für Brandenburg wurde geschaffen, weil der Berliner mit der Proletarierjugend nicht einverstanden war. Er fragt, warum keine Broschüren herausgegeben worden seien. Die Oppositionszentrale sei anlässlich des internationalen Jugendtages geschaffen worden.

Genosse Kirzsch: Erfurt tritt für die Zentrale ein und wirft der Opposition besonders vor, daß sie nur Parteimitglieder seien.

Genosse Gröde: Halle spricht gegen die Zentrale. Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen. Genossen Brauer wird noch 10 Minuten Redezeit zugebilligt. Er beantwortet verschiedene Ausführungen des Genossen Paul und behandelt die Tätigkeit des Genossen Windau in der Zentrale, der jetzt ein Oppositionsflugblatt unterzeichnet, indem er der Zentrale, in der er durch Inaktivität glänzte, Passivität vorwirft. Im Schlußwort verteidigt Genosse Schröder die Arbeiten der Zentrale, besonders entkräftet er die Anschuldigungen unterer U. S. P. Jugenda. Er wendet sich gegen das zweifelnde Verhalten des Genossen Windau.

Den Bericht der Kreisforen gibt Genosse Brandes und beantragt Entlastung für die Kassengeschäfte. Diefem Antrag wird zugestimmt.

Zum Bericht der Mandatsprüfungskommission ergreift Genosse Lehmann Eisenburg das Wort.

Es sind 142 Delegierte vertreten. 4 Mandate werden umstritten und nach harter Diskussion genehmigt. Schluß der heutigen Sitzung 145 Uhr.

Am Montag, dem 2. Verhandlungstag, referierte Genosse

Brauer über die Internationale. Wir geben Raum mangels halber seine Ausführungen und die weiteren Verhandlungen morgen. Heute sei vorerst nur vermerkt, daß die Sitzung am Nachmittag mit der Spaltung endete. Es wurden 145 Stimmen für das Aufgehen in die Freie Sozialistische Jugend (die kommunistische Organisation) abgegeben, 141 für das Weiterbestehen der sozialistischen Proletarierjugend. Diese 141 Delegierten verließen sodann nach Abgabe einer entsprechenden Erklärung das Tagungstokal und setzten dann ihre Verhandlungen im Jugendheim fort.

Das hilflose Reichsfinanzministerium.

Das Reichsfinanzministerium erläßt einen Notzettel. Es ist hilflos dem sich immer mehr ausdehnenden Schmutzgel an den Grenzen des Reichs gegenüber. Die Daten, die der Vertreter des Reichsfinanzministeriums gestern vor den Vertretern der Berliner Presse abgab, eröffnen einen Blick in einen Abgrund völliger Wertlosigkeit. Die Wirtschaft des Reichsfinanzministeriums, die Wirtschaftspolitik des Reichsfinanzministeriums, die Ernährungspolitik des Herrn Hertens haben uns dahin gebracht, daß wir heute machtlos zusehen müssen, wie Tausende und Abertausende dem beschäftigt sind, durch Schmuggel die Produkte unserer Arbeit zu verschleiben und unter Umgehung der Zollgesetze und unter Schädigung des deutschen Handels und unserer Valuta ungezählte Mengen von Luxusartikeln ins Land zu schleusen. Der Vertreter des Reichsfinanzministeriums mußte zugeben, daß alle noch so krassen Verheerungen, die die Presse bisher über den Schmuggel an der holländischen Grenze und auf dem Kaiserwege gegeben hat, kaum an die wahren Tatsachen heranzureichen. Das Reichsfinanzministerium muß selbst zugeben, daß die Zustände im Schmuggel völlig unhaltbar geworden sind. Unerschöpfliche Summen werden mit dem Einschmuggeln von Tabak, Spiritus, Benzin und Kaffee verdient. Die Schuld trifft nach Ansicht des Reichsfinanzministeriums vor allem den Wirrwort an den Organisations, die an der Grenzüberwachung teilhaben. Diese Organisationen sind im Kriege entstanden, in der Zeit, in der jedes Volk sich seine eigene Postzeit schuf. Das Reichsfinanzministerium besteht nur nicht die nötige Energie, um diese vielfach gegeneinander arbeitenden Organisationen aufzulösen. An einzelnen Stellen handelt es sich um 12-15 verschiedene betrieblige Organisationen, die alle im wesentlichen dieselben Aufgaben versehen. Dieses Einzelgängerdes Reichsfinanzministeriums dürfte bei der Beratung seines Staats in Reichstags noch eine bedeutende Rolle spielen. Die Eisenbahnverwaltung hat für die Schmuggler sogar Waggons besonders zur Verfügung gestellt, um den großen Schmuggelverkehr kostengünstig abzuwickeln zu können. Das Reichsfinanzministerium beschwert sich, daß die Postbehörden nicht die nötige Kontrolle geübt hätten, und daß Post- und Kahnbeamte mit am Schmuggel beteiligt sind. Selbst ganze Städte wie die Stadt Gromau haben Bewilligungen, die ihnen zur Einfuhr von Waren gegeben worden sind, für Scheinhandelszwecke und zur Verschlebung der Waren benutzt. Die Darstellung des Vertreters des Reichsfinanzministeriums zeigten ein Bild hilflosster Verwirrung im Verwaltungsgang. Fast 2000 Grenzbeamte sind nicht in der Lage, die Zollüberwachung durchzuführen. Es handelt sich nicht mehr um einzelne Schmuggler, sondern um ganze Karawannen und Märsche, die sich nicht selten offen gegen die Zollrevision sich auflehnen. Besonders Schwierigkeiten bietet noch der Friedensvertrag, auf Grund dessen die Entente eine Vermehrung des bemittelten Zollpersonals nicht gestattet. Wegen waffenloser Zollbeamten werden die Schmuggler aber ohne weiteres Gewalt an. Wie hilflos das Reichsfinanzministerium der ganzen Situation gegenübersteht, geht daraus hervor, daß der Vertreter des Reichsfinanzministeriums selbst in hoffnungslossten Töne seine Schwermut mit „dominanz“ und den Worten „werden erlassen werden müssen“, vortrug. Die Summen, die auf diese Art dem Volkswirtschaften verloren gehen werden wohl kaum noch mit Milliarden beziffert werden können.

Wo der Weltkrieg gefolgt hat . . .

Wie es heute, bald zwei Jahre nach dem Waffenstillstand, in den Gebeilen Frankreichs aussieht, die durch den Stellungskrieg verwüstet wurden, das zeigt der folgende Brief eines französischen Sozialisten. Ein Genosse, der durch die Weltkriegsfrage Oberants mit verschiedenen Ausländern in Verbindung steht, stellte uns das Schreiben zur Verfügung. Es lautet:

Paris, den 5. September 30.

Lieber Freund!

Erst heute las ich Ihren Brief vom 21. 8. Verzeihen Sie diese Verzögerung; jedoch ich verdrante meinen 15-tägigen Urlaub in Damvillers und war von Paris abwesend. Von Verdun landete ich Ihnen eine Postkarte.

In diesem Jahre war der Aufenthalt in Damvillers angenehmer als 1918. Ich lag in einem guten Bett und schlief, obgleich die Parade sehr leicht gebaut ist, doch gut. Nach und nach erhebt der Ort wieder. Neubauten für die zerstörten Häuser sind jedoch noch nicht wieder errichtet, sondern man repariert zunächst die defekten. Einige von den Einwohnern wohnen in neuen rekonstruierten Häusern, während andre in Holzbaracken hausen. Diese provisorischen Wohnungen sind verhältnismäßig komfortabel und geräumig. Sie enthalten 2, 3 oder 4 Zimmer, je nach der Größe der Familie. Schon 320 ehemalige Einwohner sind zurückgekehrt. Trotz dieser kleinen Einwohnerzahl hat D. zur Zeit mehr Menschen als 1914, weil mehrere hundert Arbeiter bei dem Wiederaufbau beschäftigt sind. Man trifft Menschen aus allen Ländern: Spanier, Italiener, Portugiesen, Belgier, Luxemburger, Deutsche usw., sogar Chinesen, Amerikaner und Japaner. Die ganze Gegend, wo vor dem Kriege vorwiegend Landwirtschaft getrieben wurde, wird jetzt industrialisiert. Leider hat das hiesige Leben noch nicht wieder seinen normalen Zustand erlangt. Alle Produkte sind sehr teuer. Die Ursache dieser Teuerung liegt mit darin, daß der Boden nicht bearbeitet werden kann. Große Flächen können nicht umgepflügt werden wegen den in der Erde befindlichen Blindgängern und Minen. Auf Schritt und Tritt riskiert man, auf ein solches Geschloß zu stoßen und in Lebensgefahr zu geraten.

Mit dem Fahrrad besuchte ich die Gegend von Douaumont, Barz und Ornes. Dort ist die Gefahr noch größer. Grauerregend ist das Bild des Schlachtfeldes. Es gleicht einer Wüste. Man glaubt Tausende von Kilometern weit von jeder Zivilisation entfernt zu sein. Ich sagte, kein Baum ist zu sehen. Ich muß jedoch auch sagen: kein Gewächs; denn die Gräser, die zu sehen versuchen, verkrüppeln und gehen ein. Das erklärt sich dadurch, daß der unfruchtbare Untergrund nun über der guten Erde liegt. Ein Fachmann sagte mir, daß 50 Jahre nötig seien, um das Land wieder fruchtbar zu machen. Jeder Schritt ist versperrt durch ein Granatloch, einen Graben, durch Draht oder durch einen Unterstand. Mehrere Flügel sind geradezu durchlöchert von Tausenden von Granattrichtern und Unterständen. Straußfüßen ist dieser Schilderung noch das herzbeugende Aussehen der großen Friedhöfe und Einzelgräber.

So haben wir nur das Bild der Konsequenzen eines Krieges, den die meisten beschlossen, die nicht an ihm teilnahmen — die Kapitalisten!

Und doch ist die Verduner Gegend nur ein Stück des ungeheuren West-Schlachtfeldes. — Ich passierte auch Viffen, Courcel, Penillers usw., alles Dörfer, welche Sie gut kennen. Deren Zerstörung ist nicht so bedeutend als die von Damvillers, und besonders die Felder sind noch bebauungsfähig. In den Bergen der Courcel, Viffen, Breheville findet man fast täglich noch Pulver- und Munitionslager. Man bringt alles gleich am Fundort zur Explosion, und es donnert jetzt fast noch ebenso wie im Kriege. Es folgen dann persönliche Angelegenheiten.